

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konkordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konkordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Nieu, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Gebet der Mutter für den Sohn in Feindesland.

Maria Herbert (Regensburg).

Herr, sänsf'ge du den rauhen Wind!
Herr, halte auf die kalten Fluten!
Die Nächte, die so eifig sind,
Erwärme du mit deinen Gluten.
Herr, sei du bei ihm in Gefahr!
Wo Kugeln pfeifen, Lanzen splittern!
Wenn Todeslos dein Wille war —
Laß ihm das tapfere Herz nicht zittern!
Herr, meine Hand ist ohne Macht,
Sie kann sein sterbend Haupt nicht halten,
Nicht bei ihm sein in letzter Wacht.
Wenn seine Glieder schon erkalten,
Steh du ihm bei! Denn du allein
Bist nah im Tode und im Leben.
In deiner ew'gen Hände Schrein
Hab ich mein LiebsteS hingegeben.
Gedenke deiner Mutter Not,
Die sie beim Kreuze ausgestanden!
Sei du barmherzig, Herr und Gott,
Auch meinem Kind in Feindeslanden.

Was hat die deutsche Arbeiterschaft zu verlieren?

Die Frage ist nur im Zusammenhang mit dem gesamten Kampfeinsatz des Weltkrieges zu beantworten. Die Feinde erstreben die Zertrümmerung Deutschlands; vor allem seine wirtschaftliche Vernichtung. Die Erreichung dieses Zieles würde nicht allein die besitzenden Klassen, sondern auch oder erst recht unsern Arbeiterstand aufs schwerste treffen.

Das Schicksal des gesamten Volkes ist in wirtschaftlicher Beziehung auch das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung. Darüber gibt es nach mehr wie zweijähriger Kriegserfahrung unter denkenden Arbeitern keine Meinungsverschiedenheiten mehr. Ein Standpunkt, den die christlich-nationale Arbeiterbewegung stets vertreten hat. „Sie“, so heißt es klassisch in ihrem neuen Programm, „bekennt sich rückhaltlos zur Kultur und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes mit allen daraus erwachsenden Verpflichtungen und Verantwortungen... Bestand und Emporblühen des nationalen Ganzen sieht die christlich-nationale Arbeiterbewegung unlösbar verknüpft mit der Hebung und Verwertung aller Anlagen und Fähigkeiten auch der untersten Volksschichten zur erfolgreichen Kraftentfaltung im Dienste des Gesamtwohls.“

Der wirtschaftliche Ruin Deutschlands, den die Feinde erstreben, würde der schwerste Rückschlag, der Zusammenbruch für den wirtschaftlichen Aufstieg der deutschen Arbeiter sein. Das von der Demagogie geborene oder von Erbitterung und Verzweiflung diktierte Wort, der deutsche Arbeiter habe nichts zu verlieren wie seine Ketten, ist endgültig abgetan; es wird von allen vernünftigen Arbeitern als radikale Phrase und irreführendes, verheißendes Schlagwort anerkannt und abgelehnt. Abgelehnt auch von den Arbeitern, die den linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung darstellen und früher an unsern innerpolitischen und wirtschaftlichen Zuständen nur schärfste Kritik geübt haben. Heute müssen sich angesichts des großen Vernichtungsturms der Feinde von allen Seiten die deutschen Arbeiter auf Gebeih und Verderb mit dem gesamten Volke verbunden fühlen. In einem kürzlich von den sozialdemokratischen Gewerkschaften herausgegebenen Flugblatt heißt es im Hinblick auf die Kriegsergebnisse über deutsche Arbeit und deutsche Arbeiterorganisation:

„Deutsche Arbeit! Wir dürfen uns mit Stolz zu ihr bekennen, denn sie hat unsere Stellung auf dem Weltmarkt begründet und den früher verachteten Namen „Made in

Germany“ zu einem Ehrentitel gemacht. Sie sichert dem deutschen Arbeiter in allen Weltteilen ein hohes Maß von Achtung, die seinem Fleiß, seiner Gründlichkeit, seiner Geschicklichkeit gezollt wird. Deutsche Arbeit in der Zukunft! Wer wollte die Zeiten herbeiwünschen, da unser Land seine arbeitskräftigen Hände über die Grenzen hinauswandern sah, weil es ihnen nicht genügend Beschäftigung zu geben vermochte? — Deutsche Arbeiterorganisation? Sie, die an Stärke und Leistungen die aller anderen Nationen überragt und zur Führung im Reigen aller Völker berufen schien, — wer möchte sie von ihrer Höhe herabstoßen und in chronischen Wirtschaftskrisen ihre Kräfte aufzehren sehen?“

Was die deutschen Arbeiter zu erwarten hätten, wenn das Bestreben der Feinde, unser Wirtschaftsleben zu erdrosseln, Erfolg haben würde, hat der sozialdemokratische Abgeordnete Scheidemann in einer Versammlung in Merano wie folgt dargelegt:

„Blieben wir gegen solche Erofflungsabsichten wehrlos, so bedeutete das für Millionen deutscher Arbeiter dauernde Arbeitslosigkeit, würde die Kriegsnot, die wir jetzt durchmachen, zum dauernden Elend für ganz Deutschland werden. Wenn Deutschland jetzt zusammenbräche, würde es das Schicksal erleiden müssen, das die Kapitalisten der Ententestaaten ihm zubachten. Dann wäre nach dem Kriege Deutschland einfach ein großer Trümmerhaufen, und zu tief unterst läge begraben, was sich die deutsche Arbeiterschaft in Jahrzehnte langem Kampf an Organisationen, Rechten und sozialen Einrichtungen mühsam erungen hat, dessen sie sich freute und rühmte. Aber gerade deshalb kann und darf Deutschland nicht zusammenbrechen.“

Nicht bloß gefühlsmäßige Vaterlandsliebe, sondern sehr reale Gründe zwingen die Arbeiter in der gegenwärtigen Schicksalsstunde zur Anerkennung und praktischen Betätigung allgemeiner nationaler Volkssozialität. Mag auch die Lage der deutschen Arbeiterbevölkerung bisher nicht in allen Teilen zufriedenstellend gewesen sein — vieles blieb und bleibt noch zu wünschen und zu fordern übrig, — aber ein erheblicher Schritt auf dem steinigten Weg zum gesteckten Ziel ist gemacht; vieles ist in Deutschland für die Arbeiter erreicht und geschaffen, um das uns die Arbeiter anderer Kulturländer beneiden.

Die deutsche Sozialgesetzgebung ist vorbildlich geworden für andere Industrieländer. Nicht nur in ihrem äußeren Umfang, sondern hauptsächlich in ihrem sozialen Geiste, ihrer großen Zweck- und Zielsetzung und ihren praktischen Ergebnissen. Beim Ausbruch des Krieges waren in Deutschland 18 Millionen Erwerbstätige gegen Krankheit, 25 Millionen gegen Unfall und 16 Millionen gegen Alter und Invalidität versichert. Bis Ende 1913 waren an 120 Millionen Versicherte oder deren Angehörige 11 Milliarden Mark Unterstützung und Renten zur Auszahlung gelangt. Davon hatten die Versicherten etwa die Hälfte selbst als Beiträge eingezahlt. Der tägliche Aufwand an Unterstützungen und Renten der Sozialversicherung beläuft sich auf 2 1/4 Millionen Mark. Die jüngere Generation unserer deutschen Arbeiterschaft unterschätzt diese gewaltigen Leistungen, weil sie diese Einrichtungen als selbstverständlich betrachtet. Zu einer richtigen Würdigung kommt man erst, wenn man einen Vergleich mit anderen Industrieländern zieht, wo diese Einrichtungen entweder fehlen oder erst unvollkommene Ansätze dazu vorhanden sind. Wichtiger wie die zahlenmäßige Größe der deutschen Sozialversicherung ist ihre schadenverhütende Wirkung, ihre Rückwirkung auf die Gesunderhaltung unseres Volkes und den Schutz seiner Arbeitsfähigkeit. Der Krieg und seine Erfahrungen haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, welche Kraftquelle für unser Volkstum in der Sozialversicherung enthalten ist.

Vollkommen ist das Gebäude der deutschen Sozialversicherung allerdings noch nicht. Unausgesetzt muß noch am weiteren Ausbau gearbeitet werden, um allen Bedürfnissen zu genügen. Aber niemand wird leugnen können, daß wir in der staatlichen Fürsorge für Kranke, Unfallverletzte, Invaliden, Witwen und Waisen allen anderen Industriestaaten weit voraus sind. Unsere ganzen sozialen Einrichtungen würden aber durch eine Niederlage in diesem Kriege in Frage gestellt, ja man kann mit Bestimmtheit wohl sagen, vernichtet werden. Ähnlich liegen die Verhältnisse beim

Gesetzlichen Arbeiterschutz.

Auch hier haben die deutschen Arbeiter zwar noch vieles zu fordern, besonders hinsichtlich der praktischen Handhabung und Durchführung der bestehenden Schutzgesetze. Ein Vergleich mit andern Ländern fällt jedoch zugunsten unserer deutschen Zustände aus. Kürzlich lief ein Bericht durch die internationale Presse, wonach in England im Jahre 1914 nicht weniger wie 577 321 Kinder unter 14 Jahren gewerblich tätig waren; davon 224 590 mit voller Arbeitszeit. Geradezu erschreckende Ziffern, die auf die Zustände in Großbritannien, das sich stets als Bannerträger der Zivilisation und Kultur aufspielt, ein bezeichnendes Licht werfen. Da sind wir „Barbaren“ und „Hunnen“ doch bessere Menschen. Ebenso trostlos, zum Teil noch schlimmer wie in England sieht es mit dem Arbeiterschutz in Frankreich und Belgien aus, von Italien und Rußland erst gar nicht zu reden. Und erst welcher krasse Unterschied auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege! Unsere Krieger in den besetzten feindlichen Landesteilen haben diesen gewaltigen Unterschied durch persönlichen Anschauungsunterricht kennen gelernt und zur Kenntnis weiterer Kreise gebracht. Auch nach der Richtung hin hätten wir als deutsche Arbeiter bei einem Sieg der Feinde keinen Fortschritt zu erwarten, sondern nur zu verlieren.

Nicht minder bedeutungsvoll wie die staatliche Sozialversicherung und Arbeiterschutzgesetzgebung sind für die deutschen Arbeiter die

Errungenschaften der organisierten Selbsthilfe.

die bei diesem Völkerringen mehr wie alles andere gefährdet sind. Gigantisch ist der Monumentalbau der deutschen Arbeiterorganisationen, selbst geschaffen und gewachsen aus dem impulsiven Drang nach Luft und Licht, nach Gleichberechtigung und Gleichwertung in Staat und Gesellschaft. Gewaltig ist der Einfluß, den sich die deutsche Arbeiterschaft durch ihre organisierte Selbsthilfe errungen, groß sind die ideellen und materiellen Erfolge, die jedem denkenden Arbeiter greifbar vor Augen stehen. Schon die äußere Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung hat die der viel älteren Industrieländer überflügelt. In Gewerkschaften und Standesvereinen sind über 4 Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte zusammengeschlossen. Circa 1 1/2 Millionen Mitglieder sind allein im christlich-nationalen Arbeiterkongress vertreten. In den drei Hauptgewerkschaftsgruppen (christliche, freie und Hirsch-Dunckersche Richtung) waren z. Bt. des Kriegsausbruches zusammen 2 988 000 beruflich organisiert. Die Jahreseinnahme 1913 belief sich auf 92 045 000 Mark, die Jahresausgabe auf 83 723 000 Mark, das Barvermögen auf 99 411 000 Mark. Dazu kommen noch die übrigen selbstständigen kleineren Gruppen: Staatsarbeiter- und Angestelltenverbände, technische und kaufmännische Organisationen, unsere konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Gesellenvereine. Ferner das hauptsächlich durch Arbeiter geschaffene Genossenschaftswesen (Konsumvereine, Baugenossenschaften usw.). Bedeutamer wie die zahlenmäßige Entwicklung sind indes Gehalt, Geist und Charakter der deutschen Arbeiterbewegung. Welche Früchte die Erziehungsarbeit der deutschen Arbeiterorganisationen hinsichtlich Ordnungssinn, Opferfreudigkeit, Solidarität, Disziplin, Unterordnung unter ein großes Ziel gezeitigt hat, dafür sind die Erfahrungen im Verlauf dieses Krieges ein dauerndes ehrendes Denkmal. Und die materiellen Erfolge? Es braucht auch hier nicht besonders betont zu werden, daß die organisierte Arbeiterschaft noch weit vom gesteckten Ziel entfernt ist, aber dennoch sind die bisherigen Errungenschaften so bedeutsam, daß ihre Zertrümmerung durch siegreiche Feinde einer Katastrophe in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gleich käme. Allein der Umfang der abgeschlossenen zu Recht bestehenden Arbeitstarifverträge läßt dies erkennen. Ende 1914 bestanden in Deutschland insgesamt 12 679 Tarifverträge mit Geltung für 200 068 Betriebe mit 1 915 492 beschäftigten Personen. Für sie sind auf Grund organisatorischer Verhandlungen und Abmachungen

auf der Grundlage gegenseitiger Gleichberechtigung, — geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen.

Diese Zustände wirken naturgemäß auch auf die nichttarifierten Gewerbe oder Betriebe. Nicht nur die Löhne, sondern das gesamte Arbeitsverhältnis, Arbeitszeit, Arbeitsnachweis, Lehrlehrlingsfrage, Arbeiterschutz alles wird durch dieses Vertragswesen erfasst und nachhaltig beeinflusst. Jahrelange Organisationsarbeit mit aller Mühe und Last der Kleinarbeit, opfervolle Kämpfe, die nur mit dem größten Idealismus der Beteiligten durchzuführen waren, haben das Fundament zu dem gewaltigen Aufbau der Tarifverträge gelegt. Das alles würde durch eine Niederlage mit einem Schlag in Trümmer zerfallen werden. Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Armut, Not und Elend würden die unaussprechlichen Folgen sein. Statt daß wir, wie jetzt, noch Arbeitskräfte aus dem Auslande beschäftigen können, würden Tausende und Zehntausende unserer Arbeitskräfte zur Auswanderung gezwungen sein, um sich in fernen Ländern eine ungewisse Existenz zu suchen. Zu dem schon Angeführten kommt noch hinzu, was sich die deutschen Arbeiter an allgemeinem Einfluß in Staat und Gesellschaft bisher errungen haben. Sie haben Vertretungen in den Parlamenten von Reich, Staat und Gemeinden. Sie sind organisch verankert mit der Verwaltung der Sozialversicherung, sind praktisch tätig in der ordentlichen wie gewerblichen Rechtsprechung, in der öffentlichen Gesundheits- und Armenpflege. Trotz aller Mängel und Lücken, die unserem Rechtsystem ganz zweifellos noch anhaften, kann aber doch die Tatsache nicht übersehen werden, daß wir als deutsche Arbeiter einen sichereren Rechtsboden unter den Füßen haben, als die Arbeiter in anderen mehr oder minder scheinbar demokratisch regierten Ländern. Wenigstens gute Ansätze zu einem Arbeitsrecht sind bei uns vorhanden, ihr Ausbau ist leider durch den Weltkrieg unterbrochen und verzögert worden. Alles das aber würden wir preisgeben, wenn uns die Geduld beim schweren Wert des Weltkrieges ausginge. Darum darf und kann davon keine Rede sein.

Kein vernünftiger deutscher Arbeiter wird auch nur einen Augenblick darüber im Zweifel sein können, was seine heilige Pflicht ist. Und mag der Krieg durch den Wahnsinn unserer Feinde so lange dauern wie er will, für uns deutsche Arbeiter kann es nur eins geben: Die Zähne zusammengebissen und ausgehalten bis zum guten Ende.

Maßnahmen der bayrischen Regierung zur Behebung der Mißstände im Wohnungsweisen.

Die bayrische Regierung veranstaltete im Spätherbst 1915 Wohnungserhebungen. Diese umfaßten räumlich die (29) bayr. Stadtgemeinden von 15000 und mehr Einwohnern, die sämtlich besondere Organe für Wohnungsaufsicht besitzen und mit insgesamt 2 047 000 Einwohnern fast 30 Prozent der bayrischen Bevölkerung in sich schließen. Die Fragen beschränkten sich auf den Gesamtbestand an Wohnungen und an Kleinwohnungen (nach Art. 14 des Landeskultur-Rentengesetzes) auf die Zahl der leerstehenden Wohnungen und Kleinwohnungen sowie auf die Neubautätigkeit in den letzten vier Halbjahren.

Die „Bayrische Staatszeitung“ hat nun unlängst über das Resultat der Erhebung berichtet. Danach zeigen die Ergebnisse zahlenmäßig, daß die Einwirkung des Krieges auf den Wohnungs- und Baumarkt oft sogar im engeren Bereich eines Regierungsbezirkes sehr ungleichmäßig war. Nach der Zählung der Wohnungen ergab sich im allgemeinen für die drei Großstädte München, Nürnberg und Augsburg ein derzeit noch bestehender Ueberschuß an leeren Wohnungen und Kleinwohnungen. Die (10) größeren Mittelstädte mit 30000 und mehr Einwohnern zeigen noch normale Verhältnisse (um 3 Prozent), mehrfach jedoch schon Knappheit an leeren Kleinwohnungen. Die (16) kleineren Mittelstädte mit einer Einwohnerzahl zwischen 15000 und 30000 weisen weit von einander abweichende Verhältnisse im Wohnungsangebot auf, vom fast völligen Mangel an leeren Kleinwohnungen (0,5 Prozent) bis zu einem weit über das normale Bedürfnis hinausgehenden Angebot (7,5 Prozent). In all jenen Gemeinden, deren Hundertsatz an leeren Wohnungen und insbesondere an leeren Kleinwohnungen sich wesentlich unter 3 Prozent hält, läßt schon das rohe Ergebnis der Wohnungserhebung erkennen, daß für die Zeit nach dem Kriege mit einer verschärften Kleinwohnungs-Knappheit dort zu rechnen ist, gegen die tunlichst bald vorbeugende Mittel ergriffen werden müssen. Ausnahmen sind Orte mit ausgeprägter Kriegsindustrie, soweit sie vor dem Kriege ausreichendes Angebot an leeren Wohnungen besaßen. Hier wird die Behebung gegenwärtig etwa entstandener Mängel vordringliches Bedürfnis sein.

Interessant sind auch die Ergebnisse der Neubautätigkeit. Diese soll übrigens dauernd geführt

werden, um den Nachweis zu erbringen, ob durch die private oder gemeinnützige Bautätigkeit alljährlich die dem jeweiligen Bedürfnis entsprechende Zahl neuer Wohnungen erstellt wird. Sowohl den Stadtverwaltungen als auch dem Baugewerbe und den Baugeldgebern wird damit eine zuverlässige Unterlage zur Beurteilung des kommenden Bedürfnisses im Wohnungsbau gegeben. Die Ergebnisse der Neubautätigkeit aus dem Spätherbst 1915 lassen nun ein allgemeines und zunehmendes Darniederliegen der Neubautätigkeit erkennen. Nur in ganz wenigen Stadtgemeinden mit reger Kriegsindustrie wie etwa Ludwigshafen a. Rh., Schweinfurt, Frankenthal herrscht eine nennenswerte Bautätigkeit. In einigen Gemeinden, z. B. Straubing, Passau, Neustadt a. S., St. Ingbert, Regensburg, Aschaffenburg ergänzt sich der Stillstand im Wohnungsbau durch den derzeit erheblichen Vorrat an leerstehenden Wohnungen.

Besondere Maßnahmen sind in jenen Gemeinden veranlaßt, in denen nun schon zwei Jahre der Bau neuer Wohnungen andauernd zurückgeht und gleichzeitig nur eine unternormale Zahl leerer Wohnungen bzw. Kleinwohnungen bereitsteht. Hierzu zählen Ingolstadt, Rosenheim, Landshut, Kaiserslautern, Amberg, Bamberg, Erlangen, Ansbach, Regensburg. Hier einzubeziehen sind auch die Großstädte München und Nürnberg, bei denen ebenfalls die Errichtung neuer Kleinwohnungen fast ganz stockt, bei denen aber jetzt die Kriegstraunungen und in künftigen Friedenszeiten die Zuwanderung von außen ungewöhnliche Wirkungen auf den Wohnungsmarkt ausüben werden. Wenn angenommen werden kann, daß bei Traunungen, die im Laufe des Kriegs geschlossen wurden, in der Regel eine Haushaltsneugründung erst nach Abschluß der Kriegshandlungen erfolgt und daß dann eine Wohnung — in der Regel in dem Orte der Eheschließung — notwendig wird, und wenn ferner für 1/3 aller Kriegsgetauten aus natürlichen wie wirtschaftlichen Gründen nur eine „Kleinwohnung“ in Frage kommt, so stehen z. B. in München den im Spätherbst 1915 gezählten Leeren 3753 Kleinwohnungen schon jetzt 7668 Kriegstraunungen, also 2/3 d. j. 6132 künftige Kleinwohnungs-suchende gegenüber. Auch in Nürnberg sinkt der Vorrat an leeren Kleinwohnungen mit der Dauer des Krieges, während die Zahl der im Kriege in Nürnberg Getauten ständig steigt. Es ist diese Erscheinung um so bemerkenswerter, als dabei die Qualität der jetzt leerstehenden Kleinwohnungen und die dem einzelnen Wohnungssuchenden noch erschwärzte Mietpreishöhe nicht berücksichtigt sind.

Alle Maßnahmen zur Abhilfe werden in dem Bericht je nach der Lage der Dinge empfohlen: Förderung der bestehenden gemeinnützigen Bauvereinigungen durch Erleichterungen und Kreditvermittlung, Verbesserung der bestehenden Wohnungen durch planmäßiges Eingreifen der Wohnungsaufsicht und durch Wohnungs-sanierung beim Versuch der Schaffung von Teilwohnungen, Ausbau und dauernde Führung der Wohnungsstatistik u. a.

Zu diesen Vorschlägen wird im Einzelnen bemerkt:

Die gemeinnützigen Bauvereinigungen haben sich bisher im Kriege anerkanntermaßen gut gehalten — dank ihrem schon im Frieden geschulten genossenschaftlichen Geiste, dank der sachgemäßen Beratung ihrer Revisorenverbände und der unermüdblichen Mitarbeit des Landeswohnungsvereins und besonders auch dank dem Entgegenkommen ihrer Baugeldgeber. Den gemeinnützigen Bauvereinigungen auch bis zum Schlusse des Krieges und über die erste Zeit nach dem Kriege helfend beizustehen, wird allen Beteiligten eine ernste Pflicht sein.

Die private Bautätigkeit, soweit sie in der Lage ist, Kleinwohnungen zu erstellen, die den wirtschaftlichen Verhältnissen der minderbemittelten Bevölkerung nach Ausföhrung und Mietpreis entsprechen, wie auch die gemeinnützige Bautätigkeit erfährt eine wünschenswerte Förderung durch örtliche Bauerleichterungen. Auf dem Gebiete der Abwasserbeseitigung, der Straßenherstellung und der Pflasterung werden vielfach noch Bedingungen gestellt, deren Kosten in gar keinem Verhältnis zu den Bedürfnissen der Gegenwart stehen. Beim Darniederlegen der Neubautätigkeit und bei Kleinwohnungs-Knappheit würden Straßenbeseitigungsarten, deren Haltbarkeit Remisenalter überdauern kann, wirken Straßenbreiten, die einen heute nicht vorhandenen Verkehr schon mitberücksichtigen oder Forderungen von lokalen Anlagen zur Abwasserbeseitigung, die in absehbarer Zeit durch Anschluß an das allgemeine Netz entbehrlich werden, in verschärfterem Maße verteuern und hemmend für die private wie für die gemeinnützige Bautätigkeit. Ein Entgegenkommen ist dann durch Dispensgewährung oder durch Abänderung veralteter Statute um so wünschenswerter, wenn grundsätzlich das Kleinhaus (bis zu sechs Wohnungen), die Versorgung arbeitsreicher Familien, die Beigabe von Gartenanteilen für die Mieter u. a. gefördert wird.

Die finanzielle Förderung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues kann von den Gemeinden aus eigenen oder Spartassenmitteln oder wie vor dem Kriege in steigendem Maße durch Staatsprämien der Mittel der Landeskultur-Rentenanstalt geschehen. Die Möglichkeit durch ein Zuschußdarlehen den der Bauvereinigung erwachsenden Kursverlust gleich in die Darlehensvermittlung einzubeziehen, sollte mehr als bisher geschehen, benutzt werden.

Neben diesen den Neubau fördernden Maßnahmen müssen tunlichst die als schlecht befundenen Kleinwohnungen unter Mitwirkung der Wohnungsaufsichtsorgane verbessert werden. Der alljährliche jeßhafte Hausbesitz war schon vor dem Kriege vielfach in wirtschaftlich bedrängter Lage. Nach dem Vorgang der Stadt Regensburg empfiehlt sich die Bildung von städtischen Fonds oder Zuschußklassen zur Hingabe unverzinslicher oder niedrig verzinslicher Darlehen, die zur gesundheitlichen und

bautechnischen Verbesserung älterer Kleinwohnungen dienen.

Soweit der Bericht. Für das Jahr 1916 ist wiederum eine ähnliche Erhebung vorgesehen. Im Anschluß daran soll zugleich über die seit Kriegsbeginn bis Ende 1916 getroffene Maßnahmen, soweit sie die Kriegsfürsorge für Hausbesitzer und Mieter betreffen, insbesondere über die Tätigkeit der Mieteinigungs- und Hypothekeneinigungsämter, die Regelung und Höhe der Mietzuschüsse, sodann über die Zahl der Kriegstraunungen (1. August bis 31. Dezember 1914, 1915, 1916) über die Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit während des Krieges, über Zahl, Größe, Ergebnis der Kriegskleingärten und über sonstige mit dem Wohnungswesen zusammenhängende Kriegsfürsorgemaßnahmen berichtet werden. Es wäre dringend zu wünschen, daß das Vorgehen der bayrischen Regierung in den andern Bundesstaaten Nachahmung fände.

Zur Frage der Lebensmittelversorgung.

Das neue Kriegsamt.

Durch Kaiserliche Verfügung wurde bestimmt, daß zur Leitung aller mit der Gesamttrieführung zusammenhängenden Angelegenheiten der Beschaffung, Verwendung und Ernährung der Arbeiter, sowie der Beschaffung von Rohstoffen, Waffen und Munition im Kriegsministerium ein Kriegsamt errichtet wird. Diesem liegt auch die Leitung der Ertragangelegenheiten ob. Das Arbeitsamt, die Feldzeugmeisterei mit dem Waffen- und Munitionsbeschaffungsamt, die Kriegsrohstoffabteilung und Fabrikenabteilung, sowie die die Ertragangelegenheiten bearbeitenden Stellen des Kriegsministeriums, die Abteilung für Volksernährungsfragen und die Abteilung für Ein- und Ausfuhr werden dem Kriegsamt unterstellt. Insbesondere wird dem Kriegsamt auch die Versorgung der Arbeiter mit Fleisch und Fett übertragen. Der königlich-württembergische Generalleutnant Groener ist zum Chef des Kriegsammtes im Kriegsministerium ernannt und zum Vertreter des Kriegsministers bestellt. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes v. Batocki sagte in der Sitzung des Reichstags vom 4. November 1915, das neue Kriegsamt stehe in enger Föhrung mit den Kriegsernährungsamts-Arbeiten. Die Einzelheiten seiner Amtsföhrung ständen noch nicht fest. Er verspreche sich von ihm aber eine bessere Beziehung zwischen der Ernährung der bürgerlichen Bevölkerung und dem Heere, zwischen dem Inland und dem besetzten Gebiet. Auch wir setzen auf das neue Kriegsamt unsere Hoffnungen. Bisher stießen die Verordnungen des RWA bei den unteren Verwaltungen auf große Widerstände und Schwierigkeiten. Der Präsident mußte sich vielfach auf Mahnungen und Bitten beschränken, da er nicht die Machtmittel besitzt, die unteren Verwaltungen zur Ausführung seiner Anweisungen zu zwingen. Mit der Errichtung des neuen Kriegsammtes wird ein Teil der Volksernährung unter militärische Leitung gestellt. Wenn an Stelle der Bitten und Mahnungen nun entsprechende militärische Verfügungen treten, kann dieser „andere Wind“ doch einen wesentlichen Umschwung auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung herbeiföhren. Generalleutnant Groener, der bisher Chef des Eisenbahnwesens war und im Vorstand des Kriegsernährungsamtes mitwirkt, scheint die geeignete Person zu sein, die hoffentlich energig durchgreift. Man wird allerdings auch diesem neuen Amt eine gewisse Uebergangsfrist gewähren müssen. Wenn wir auch eine reichlichere Nahrung kaum erhoffen können, da das neue Amt ebenfalls mit den vorhandenen Beständen rechnen muß, so erwartet doch die Arbeiterschaft von diesem Amt eine gerechte Verteilung und auch eine bessere Versorgung, besonders der Schwerarbeiter.

Bessere Verteilung der Lebensmittel.

Die Forderung weiler Preise geht dahin, die vorhandenen Lebensmittel gerecht und gleichmäßig zu verteilen. Gerade dadurch wurde viel Erbitterung hervorgerufen, daß ein Teil der Bevölkerung sich einschränken mußte, während ein anderer es nicht notwendig hatte. In letzter Zeit ist es damit etwas besser geworden, aber vieles bleibt noch zu tun übrig. Man muß aber die gleichmäßige Verteilung nicht so verstehen, als solle alles nach Schema F verteilt werden. Nicht mechanisch soll die Verteilung erfolgen, sondern nach dem Bedürfnis. Daß ein Schwerarbeiter, ein Bergarbeiter oder in der Munitionsindustrie angestrengt tätiger Arbeiter mehr Kartoffeln und Brot nötig hat, als ein anderer, ist doch plausibel. Man hat auch bereits diesem Teil der Bevölkerung Zuschüsse (Butter, Milch, Brot) gewährt. Es kommt aber weiter in Frage, daß viele Minderbemittelte sich nicht einmal das kaufen können, was ihnen nach der Verteilung zusteht. Wünschenswert ist es in solchem Falle, andere Nahrungsmittel zur Verfügung zu stellen, damit der Betreffende keinen Ausfall erleidet. So will man in Berlin die Fleischkarte denen, die darum nachsuchen, gegen Bezugskarten auf andere Lebensmittel umtauschen. In Köln, Frankfurt und anderen Städten verfährt man ähnlich. Es gibt gegen Rückgabe der Karte eine bestimmte Menge Grieß, Graupen, Hülsenfrüchte, Teigwaren. Das kann durch ein Wechseln der Karte vor sich gehen, natürlich nach vorher aufgestellten Grundätzen. Vorsichtig muß man allerdings dabei zu Werke gehen, weil sonst leicht der Verteilung neue Schwierigkeiten erwachsen. Wir wollen nur das sagen: Bei der Verteilung von Lebensmitteln darf nicht schematisch verfahren werden, sondern die einzelnen Schichten (Minder-

hemittelte, Kinder, Schwerarbeiter, Schwerstarbeiter) sind verschieden zu berücksichtigen. Erst dann kann von einer gerechten Verteilung geredet werden.

Lebensmittelpuffer und Bodentwäger.

Neben dem Kampf um zu hoch gesteigerte Lebensmittelpreise, der im Interesse der Konsumenten mit allem Nachdruck geführt wird, muß auch auf die Rückwirkung dieser hohen Preise im Interesse der Konsumenten geachtet werden. Schon wird aus Westfalen die Beobachtung berichtet, daß bei Landverpachtungen das dreifache der früheren Preise geboten wird. Diese erhöhten Pachtpreise müssen selbstverständlich herausgewirtschaftet werden und machen es deshalb allen neu in die Bodenbewirtschaftung tretenden Landwirten unmöglich, künftig mit den Preisen ihrer Erzeugnisse unter den jetzigen herunter zu gehen. Zum Lebensmittelpuffer beginnt sich, weniger direkt aber desto sicherer wirkend, der Bodentwäger zu gesellen. Entfaltet er sich auf der ganzen Linie, so ist die künftige Absenkung der Lebensmittelpreise unmöglich gemacht ohne gleichzeitige schwerste Kapitalseinbuße bei allen denjenigen Landwirten, die ihren Betrieb jetzt zu Preisen übernehmen, an denen der Kriegsgewinn der durch die Kriegspreise der Lebensmittel gestiegenen Grundrente mit eingerechnet und ein für allemal vorweggenommen ist. Diese Kapitalseinbuße herbeizuführen werden unsere Regierungen nur um der Konsumenten willen auch nach dem Kriege schwerlich ohne Kampf geneigt sein. Unterbliebe aber die Absenkung der Preise, so müßte sich unsere ganze Volkswirtschaft auf dem Fuße der Kriegspreise dauernd einrichten und zu den hohen öffentlichen Lasten, die kommen werden, noch eine Extralast zu Gunsten der Bodenbesitzer auf sich nehmen, die jetzt die Kriegskonjunktur durch günstigen Landverkauf ausnützen. Daß das vermieden werden muß, ist klar. Noch ist es Zeit, den Anfängen dieser Entwicklung entgegen zu treten. Außer den Preisprüfungsstellen ist niemand da, der die Aufgabe übernehmen könnte. Aber sie sollten nicht nur auf die Bucherpreise für Lebensmittel ihr Augenmerk richten, sondern auch auf die Bucherpreise für den Boden, auf dem die Lebensmittel wachsen sollen.

Allgemeine Rundschau.

Arbeitgeber-Zeitung und Christlich-nationale Arbeiterbewegung.

In ihrer Nummer 43 vom 22. Oktober 1916 beschäftigt sich die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ mit dem Programm der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung. In unseren Kreisen wird es weder Verwunderung noch

Enttäuschung hervorrufen, daß das Programm beim Sprachrohr der Arbeitgeberverbände auf Widerspruch stößt. Bemerkenswert ist jedoch, was die „Arbeitgeber-Zeitung“ an dem Programm auszusetzen hat. So lobenswert auch die Hervorhebung der christlichen und sittlichen Lebenslehre der „Arbeitgeber-Ztg.“ erscheint, so hätte doch ihrer Ansicht nach „eine programmatische Festlegung solcher Grundsätze, wenn sie ganz ehrlich und ohne jeden Nebengedanken aufgestellt war, die wahren Gebote des Christentums über Eintracht und Frieden, über das Wesen der Arbeit, über Frömmigkeit und Genügsamkeit deutlicher zum Ausdruck bringen können! Eine glatte Absage an den Klassenkampf, ein Verständnis für die wirklichen Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens, das nicht auf der Gleichheit der einzelnen, sondern auf einer willig anerkannten Ungleichheit beruht, findet sich auch in diesem Programm nicht, und jedenfalls erscheinen die Kundgebungen derjenigen Arbeitervereine, die grundsätzlich für Frieden und Verständigung eintreten, mehr von christlichem Geiste erfüllt, als eine Erklärung, die darauf abzielt, daß, „wo es die Umstände erfordern, alle Forderungen (und es sind deren nicht wenige) mit voller Entschiedenheit“ durchgesetzt und durchgeführt werden sollen.“

Auf eine kurze klare Formel gebracht heißt das: weil die christliche Arbeiterbewegung wirtschaftliche Forderungen stellt und sie mit Entschiedenheit durchsetzen will, erscheint sie in den Kreisen der „Arbeitgeber-Ztg.“ hinreichend verdächtig. Nur die wirtschaftsfriedlichen Organisationen können vor ihren Augen Gnade finden. Die christliche Arbeiterbewegung hat bei der Auffassung des Programms auf Zustimmung aus diesen Kreisen nicht gerechnet und wird aus der vorliegenden — übrigens recht inhaltlosen Kritik ersehen, daß sie nach wie vor auf dem rechten Wege ist.

Ein bedeutamer Zusammenschluß.

Der „Arbeitgeber“, die Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, brachte kürzlich folgende, auch die Arbeiter interessierende Mitteilung:

Der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller und der Große Ausschuß des Bundes der Industriellen haben in einer gemeinsamen Sitzung am 25. Oktober d. J. die Fortsetzung ihrer bisher im Kriegsausschuß der deutschen Industrie geleiteten Gemeinschaftsarbeit auch nach dem Kriege beschlossen. In der Ueberzeugung, daß es angesichts der tiefgreifenden Neugestaltung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands nach dem Kriege unbedingt erforderlich ist, die gemeinsamen Interessen der deutschen Industrie geschlossen zu vertreten, haben die beiden Organisationen unter Mitwirkung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands den „Deutschen Industrierrat“ gegründet. Der „Deutsche Industrierrat“

soll unter voller Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der einzelnen Organisationen fortan die einheitliche Interessenvertretung der deutschen Industrie darstellen und wird sich die gemeinsame Behandlung aller, die Interessen der deutschen Industrie in ihrer Gesamtheit berührenden wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen nach Maßgabe der festgestellten Satzungen zur Aufgabe machen. Er wird aus 54 Mitgliedern bestehen, von denen je 25 Stimmen aus den Kreisen der vom Zentralverbande Deutscher Industrieller und dem Bunde der Industriellen angegeschlossenen Industriegruppen zu stellen sowie vier Mitglieder vom Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands abzuordnen sind. Die Geschäftsführung des „Deutschen Industrierrats“ wird in den Händen der Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen liegen.“

Für die Arbeiterschaft enthält diese Mitteilung die ernste und eindringliche Mahnung, die eigenen Standesorganisationen nicht zu vernachlässigen, sondern trotz der Schwere der Zeit unablässig am inneren und äußeren Ausbau derselben zu arbeiten. Nichts wäre dem ferneren Aufstieg der Arbeiterschaft verhängnisvoller, als wenn nach dem Kriege der verstärkten Macht der Arbeitgeberverbände wesentlich geschwächte Arbeiterorganisationen gegenüberständen.

Neugründungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege.

Die öffentlichen Sammlungen für die Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege und sonstige Veranstaltungen haben schon vielfach Mißbräuche gezeitigt. Eine Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 hat den Mißständen schon zum Teil abgeholfen, sich aber nicht als ausreichend erwiesen, weil ständige Spekulanten immer wieder neue Wege erschlossen, dem Publikum Geld abzunehmen und unter dem Vorwand der Wohltätigkeit für ihr eigenes Beste zu verwenden. Diese Verhältnisse haben die Reichstagskommission, welche zum Schutze der Nationalstiftung eingesetzt ist, veranlaßt, eine schärfere Aufsicht und Borsorge zu verlangen, daß solche Mißstände künftig beseitigt werden. Die verbündeten Regierungen haben den Anregungen bereitwillig Folge gegeben und eine alsbaldige Regelung in Aussicht gestellt.

Auf den Antrag haben sich alle Parteien geeinigt, er lautet wie folgt:

Der Reichstag wolle beschließen I. Die Beratung des Gesetzentwurfes betr. Schutz der Bezeichnungen „Nationalstiftung“ und „Marinestiftung“ auszusetzen, II. den Herrn Reichskanzler zu ersuchen

A) die Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 betr. Regelung der Kriegswohlfahrtspflege zu erweitern und insbesondere dahin zu ergänzen, daß 1. Vorschriften für öffentliche Sammlungen und sonstige Veranstaltungen

Des Kaisers Gebet.

Auf dem Felde der Schlacht steht der Kaiser. In der Ferne verhallend und leiser Vertobt der Kampf. Der Tag verfliehet. Im Dunkel der Nacht ein Stern erblinnet Hoch über rotschwelendem Pulverdampf. Da beugt sich unter dem schweigenden Zelt Der Kaiser in Demut dem Herrscher der Welt:

„Vater im Himmel, Du weißt es, Ich habe es nicht gewollt, Daß die Söhne des Volks sich verbluten In mordender Schlacht. Mit frevelndem Hohn Hat der Feind in die Faust gedrückt uns das Schwert, Das als Hüter des Friedens geruht in der Scheide. Nun aber laß deines Hornes Schneide Ueber die Kommen, die neidverzehrt Uns stürzen wollten in Schande und Fron Und tödlich den blutigen Brand entfacht. Und lösch die aus in lodrenden Glut, Die mit kalter Hand die Würfel gewollt Zum schrecklichen Krieg. Herr, gib uns den Sieg!“

Und der Herr im strahlenden Sternengewand Segnet das betende deutsche Land. Ueber die Erde, die dunkel lag, Schreitet der siegende junge Tag. Leuchtend flammt das Morgenrot Hell über Grausen und Nacht und Tod.

Franz Joseph Abel (Essen) †.

Die Franzosen und die deutsche Monarchie.

Die Kundgebungen von hervorragenden französischen Gelehrten und Schriftstellern werfen in dieser Zeit ein merkwürdiges Licht auf den Geistes- und Seelenzustand ihres Volkes. Deshalb ist die französische Kriegsliteratur trotz der hysterischen Bahndeeen, von denen sie erfüllt ist, überaus lehrreich. Aus einem Buche, das vor nicht langer Zeit in Frankreich erschienen ist, wollen wir hier einen Abschnitt herausgreifen. Es führt den zurechtlichen Titel „Am Tage nach dem Siege“, den Untertitel „Das neue europäische Gleichgewicht“; sein Verfasser ist Alexis Delaire, ein kürzlich verstorbener angesehenen Sozial-

politiker, dessen hinterlassenes Manuskript von Maurice Barrés herausgegeben worden ist.

Die für den Franzosen selbstverständliche Voraussetzung, von der alle Betrachtungen ausgehen, ist die völlige Niederwerfung Deutschlands. Wir wollen hier nicht auf die schon anderweit bekannten Pläne eingehen, die die künftige Gebietsverteilung regeln sollen; davon wird ein andrer Mal zu reden sein. Hier soll von einer andern in dem Buch aufgeworfenen Frage die Rede sein. Der wahnsinnige Haß der Franzosen gegen unser Volk verdichtet sich zu einer besonderen Wut gegen den Kaiser, also gegen die Persönlichkeit in Deutschland, die sich im Interesse des Weltfriedens am redlichsten bemüht hat, dem Haß und der Revanchelust Frankreichs den Boden zu entziehen. Darin zeigt sich ganz besonders das krankhafte und Ubernünftige in der französischen Geistesverfassung, daß sie mit lauter eingebildeten Gegenjahren und falschen Voraussetzungen arbeitet und nicht einmal die Grundlagen einer wirklichen Kenntnis Deutschlands besitzt, obwohl eine solche Kenntnis doch gerade zur Befriedigung des französischen Nachdrustes sehr nützlich sein würde. Aber es ist eine gewollte, mehr gefühlsmäßige Unkenntnis, die mitunter durch die Beobachtungsgabe und den Sinn für Tatsachen, wie sie dem klugen Franzosen eigen sind, auffällig unterbrochen wird. Dafür werden wir sogleich ein Beispiel kennen lernen. Der deutsche Kaiser als Träger des Imperialismus und Militarismus soll beseitigt werden, aber nun erhebt sich für den Franzosen die große Frage: Soll das deutsche Kaiserthum durch Zerstückelung Deutschlands oder durch Einführung der Republik vernichtet werden? Der Gedankengang von Alexis Delaire ist in Kürze folgender:

Manche Politiker empfehlen die Einführung der Republik in Deutschland, nicht — wie gewisse Friedensfreunde — in der Erwartung, daß damit ein friedliches Verhältnis hergestellt werden würde, sondern um Deutschland sicher zu schwächen, indem man es der festen, über den Parteien stehenden Führung beraubt. Delaire hält diesen Gedanken für eine gefährliche Täuschung. Er meint, es habe verschiedene Republiken gegeben, und man könne mancherlei darunter verstehen. Was man in Deutschland einrichten wolle, sei nicht eine Republik, wie England unter Cromwell oder Frankreich unter dem ersten Konsul Bonaparte — das war ein stärkeres persönliches Regiment als unter Karl I. oder Ludwig XIV. —, sondern eine demokratische Republik, die nur für kleine Staaten geeignet sei. Bismarck habe im Frankfurter Frieden diese Regierungsform Frankreich aufgezwungen, um seine Macht zu brechen. Und nun wird ein Bild der demokratischen Republik entworfen, das in seinen grauen Farbentönen nicht gerade die Hand eines modernen Franzosen verrät. Oder vielleicht doch, da ein solcher ja Bescheid wissen muß? Es wird geradezu gesagt: da alles auf Wahl be-

ruhe, und jeder Abgeordnete und Minister seine Bedeutung verliere, sobald er nicht mehr die Mehrheit hinter sich habe, so sei für alle die erste Sorge, nicht für das allgemeine Wohl zu arbeiten, sondern sich den nötigen persönlichen Einfluß zu sichern. Daraus ergebe sich eine Vernachlässigung der wichtigen Interessen des Landes. Es handle sich dabei garnicht einmal um eine Art von persönlichem Eigennutz, die man den einzelnen Politikern zum Vorwurf machen könne, sondern um eine unvermeidliche Wirkung dieses Regierungssystems. Und dieses System wolle man nun auch Deutschland beschreiben, um es dauernd hinunterzudrücken. Aber das sei eine Täuschung. Deutschland sei kein Land, wo man seine Ueberlieferungen verleugnet habe; man wisse, was man an der Monarchie habe. Frankreich habe sich zur extremen Demokratie entwickelt, da es seit mehr als einem Jahrhundert von den Ideen Rousseaus durchdrungen sei, die wie ein Gift gewirkt hätten. In Deutschland sei das anders. Dort habe eine lange Entwicklung den Geist des Gehorsams und der Disziplin gezeugt. Wenn man in Deutschland wirklich die Republik einrichte, so werde sich etwas ganz anderes daraus entwickeln; es werde eine militärische und autoritative Republik werden. Und wenn man keinen Cromwell oder Bonaparte habe, so werde sich ein Porfirio Diaz finden, der die Macht an sich reiße, und Deutschland werde Frankreich gefährlicher werden als früher.

So der Franzose, der zwar im letzten Augenblick noch den Eindruck zu vermeiden sucht, als wolle er Deutschland mit Frankreich und England auf eine Stufe stellen, — weshalb er uns keinen Cromwell oder Bonaparte, sondern den Mexikaner Porfirio Diaz bewilligt, — der aber doch mitten in einer von reinstem Haß diktierten Darlegung wider Willen in eine von dem Geist des Ganzen abweichende Betrachtung gerät. Er spielt eine ähnliche Rolle wie der alttestamentliche Bileam, der auszog, um zu fluchen, und in dessen Munde sich die Worte zum Segen wandelten. Er will uns erniedrigen und muß unwillkürlich loben, wo er verkleinern wollte. Auf das Schiefe und Unzutreffende, was trotzdem in seinem Gedankengang noch enthalten ist, braucht man Deutsche nicht besonders aufmerksam zu machen. Augenscheinlich ist aber dem französischen Verfasser eine Ahnung aufgegangen, daß die Monarchie im deutschen Volke viel tiefer verankert ist, als der Durchschnittsfranzose sich träumen läßt, und daß die erzwungene und gewaltsame Beseitigung der Form nicht den Geist töten würde. Delaire scheint sich überdies nicht bewußt zu sein, in welchem Maße er seiner eigenen Nation das Urteil spricht. Denn wie soll eine solche Nation uns überwinden? Wir aber wollen gern das Zeugnis eines grimmigen Feindes dafür entgegennehmen, daß wir in unserem Verhältniß für den Segen der Monarchie eine Kraftquelle haben, die wir nicht preisgeben können und wollen.

auch auf die Werbung von Mitgliedern solcher Vereinigungen, welche sich mit Kriegswohlfahrtspflege beschäftigen, ausgedehnt werden, 2. Kriegswohlfahrtsunternehmungen, die mit dem sich innerhalb des Deutschen Reiches ihre Tätigkeit auf das Ausland erstrecken, den Vorschriften der Bundesratsverordnung unterstellt werden, 3. die Zurückführung von Wohlthätigkeit mit Erwerbszwecken weit mehr als bisher eingeschränkt werde, insbesondere aber ein überwiegender Teil des Hohertrags für den Wohlthätigkeitszweck sichergestellt werde, 4. eine Aufsicht über alle Kriegswohlfahrtsunternehmungen bezüglich der Geschäftsführung, Ausbringung und Verwendung der Mittel, sowie Rechnungslegung eingeführt werde, 5. bei Aufdeckung von Mißständen, Zwangsverwaltung und abhingenfalls Auflösung des Unternehmens verfügt werde, 6. bei freiwilliger Auflösung eines Unternehmens die vorhandenen Mittel einem bereits bestehenden mit gleichem oder ähnlichem Zweck überwiesen werden.

B) Dem Reichstage beim nächsten Tagungsabschnitt einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher neben dem Schutz der Bezeichnungen „Nationalstiftung“ und „Marinestiftung“ das ganze Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege reichsgesetzlich regelt. Im einzelnen sind neben der Bundesratsverordnung vom 22. Juli 1915 und ihrer vorgeschlagenen Ergänzung folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: a) Schaffung einer Reichsstelle für Kriegswohlfahrtspflege, der Bevollmächtigte zum Bundesrat und Mitglieder des Reichstages angehören müssen, mit der Befugnis, die Zulassung neuer, die Prüfung bestehender und die Schließung ungeeigneter Unternehmungen zu veranlassen, b) stärkerer Zusammenhang zwischen der Fürsorge für Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, c) als Vorbedingung für den gesetzlichen Schutz der Bezeichnungen „Nationalstiftung“ und „Marinestiftung“ Beteiligung des Bundesrats und Reichstages in der Verwaltung der Stiftung.

Wieviel Arbeiterinnen in Sachsen beschäftigt werden.

Die Frauenarbeit wird in der gegenwärtigen Kriegszeit außerordentlich geschätzt, aber auch in Friedenszeiten hatte die Beschäftigung weiblicher Personen in Sachsens Gewerbebetrieben eine große Bedeutung erlangt. Von 1882 bis zum Jahre 1907 ist nach einer Statistik des sächsischen statistischen Landesamtes das weibliche Arbeitspersonal in den sächsischen Gewerbebetrieben von 27,8 Proz. auf 33,3 Proz., also in einem Zeitraum von 25 Jahren um fast 6 Proz. gewachsen. Den größten Anteil an dieser Ziffer hat die sächsische Textilindustrie, die reichlich ein Drittel aller gewerbstätigen Frauen und Mädchen umfaßt. Dann kommt die Bekleidungsindustrie und an dritter Stelle das Handelsgewerbe. In der Textilindustrie wurden 1907 zusammen 180 450 Personen weiblichen Geschlechts beschäftigt, in der Bekleidungsindustrie 90 048 und im Handelsgewerbe 80 242 weibliche Personen. Mit großen, unter sich fast gleichstehenden Zahlen sind auch die Wohnungs- und Genussmittelindustrie und das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe vertreten, von denen der erstere Gewerbebezirk 41 248 und der letztere 41 563 weibliche Personen aufwies. 17 259 Frauen und Mädchen sind zur Zeit dieser Zählung im Reinigungsgewerbe beschäftigt worden; nicht viel weniger, nämlich 16 470 hatte die Papierindustrie aufzuweisen, und je über 10 000 die Metallverarbeitungsindustrie und das poligraphische Gewerbe. Mit einer fast eben so hohen Zahl, nämlich mit 8 170 Personen, steht die Industrie für Holz- und Schnitzstoffe da, ihr folgt die Maschinenindustrie mit 7 768 weiblichen Beschäftigten. Eine verhältnismäßig hohe Zahl weiblicher Kräfte waren für das Musik-, Theater- und Schauspielergewerbe verpflichtet, in dem 2 238 ihren Unterhalt fanden. In den dreizehn befragten Gewerbegruppen stellt das Gastwirts- und Schankgewerbe von den überhaupt darin beschäftigten Personen mit 64 Proz. den größten Prozentsatz an weiblichen Kräften, dann folgt das Reinigungsgewerbe mit 62,6 Proz., das Bekleidungsindustrie mit 57,3 Proz. und die Textilindustrie mit 54,7 Proz. Eine Gegenüberstellung der Verhältnisse im Reich im allgemeinen und in Sachsen im besonderen ergibt in der sächsischen Textilindustrie einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz weiblicher Personen. Von je 100 der überhaupt gewerbstätigen weiblichen Personen wurden im Reich 15,82 und in Sachsen speziell 34,14 in der Textilindustrie beschäftigt. Umgekehrt ist das Verhältnis im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, wo im Reich der Prozentsatz 13,84, in Sachsen nur 7,86 betrug. Auch im Handelsgewerbe ist der Prozentsatz von 15,18 in Sachsen erheblich geringer als der im Reich mit 22,44 Prozent. Der Bericht beklagt, daß sich unter den weiblichen Gehilfen und Arbeitern ein sehr harter Prozentsatz verheirateter Frauen befindet, was als ein wenig erfreulicher Zustand bezeichnet wird, da er das Familienleben fast beeinträchtigen und die Kindererziehung und -erziehung nachteilig beeinflussen.

Erfreuliche Beschlüsse.

Der Reichstag hat gelegentlich der letzten Tagung auch beschlossen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, im Bundesrat eine Aenderung des Gesetzes über die Unterstützungen von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar bis 4. August 1914 in der Fassung des Gesetzes vom 30. September 1914 und 21. Januar 1915 dahin herbeizuführen, 1. daß im § 5 vom 1. November 1916 ab die Unterstützung für die Ehefrau auf 20 M., für jedes Kind unter 15 Jahren sowie für jede der im § 2 Absatz 1 bezeichneten Personen auf 10 M. monatlich festgesetzt wird, 2. daß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen wird, nach der die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet werden, aus ihren Mitteln Zuschläge zu diesen Unterstützungen bis zur Behebung der Bedürftig-

keit zu gewähren, und daß sie zur Erfüllung dieser Verpflichtung durch die Aufsichtsbehörde angehalten werden. Außerdem beschloß der Reichstag, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Familienunterstützungen der Kriegsteilnehmer sowie die Unterstützungen an Erwerbslose den Bezugsberechtigten im Monat Dezember 1916 in doppelter Höhe aus Reichsmitteln zu gewähren.

Die Regierung hat sich ihre Stellungnahme zu diesen Beschlüssen vorbehalten, jedoch eine Erhöhung der Kriegsunterstützung in Aussicht gestellt. Öffentlich beschleunigt die Reichsregierung die Neuregelung der Unterstützung derart, daß die Kriegsfamilien noch vor Eintritt des Winters in den Genuß der dringend notwendigen Erhöhung kommen. Das von der Reichsregierung vorgebrachte Bedenken, daß eine Verbesserung der gesetzlichen Unterstützung eine Verschlechterung der gemeindlichen Zuschüsse zur Folge haben könne, kann ja leicht durch eine Bestimmung ausgeräumt werden, nach der eine Herabsetzung der Zuschüsse nur mit Zustimmung der höhern Verwaltungsbehörde stattfinden darf.

Wochenhilfe für die Frauen arbeitsunfähiger oder erwerbsbeschränkter Kriegsteilnehmer.

Es entstand in der Praxis die Zweifelsfrage, ob die Leistungen der Wochenhilfe auch den Ehefrauen derjenigen Kriegsteilnehmer zuteilen, die infolge von Krankheit oder Verwundung aus dem Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichem Dienst ausgeschieden sind, ihre Erwerbsfähigkeit aber nur zu einem gewissen Teil wiedererlangt haben.

Nach § 1 der Bekanntmachung vom 3. 12. 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 482) wird während der Dauer des gegenwärtigen Krieges Wöchnerinnen aus Mitteln des Reichs eine Wochenhilfe nicht nur dann gewährt, wenn ihre Ehemänner noch im Heeresdienste stehen, sondern auch dann, wenn die Ehemänner an dem Heeresdienst oder an der Wiederaufnahme ihrer Erwerbstätigkeit durch Tod, Verwundung, Erkrankung oder Gefangennahme verhindert sind. Danach haben also auch die Ehefrauen derjenigen Kriegsbeschädigten einen Anspruch auf Wochenhilfe, die zwar schon aus dem Heeresdienst entlassen sind, aber durch ihre Verwundung oder ihre Erkrankung verhindert sind, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

In der Praxis stößt die Erlangung dieser Ansprüche auf große Schwierigkeiten; es wird daher empfohlen, sich deshalb mit der zuständigen amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge in Verbindung zu setzen, die die Aufträge weitergibt. Damit würden allerdings wohl alle diejenigen ausschalten, die von der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge nicht betreut worden, da sie keine Rente beziehen.

Das Reichsamt des Innern hat sich auf eine Anfrage zu der Angelegenheit folgendermaßen geäußert:

„Die Bundesratsverordnungen über Reichswochenhilfe gewähren diese auch den Ehefrauen solcher seitheriger Kriegsteilnehmer, die infolge einer Verwundung oder Erkrankung den Kriegsdienst nicht weiterleisten können, beschränken diesen Kreis aber durch den Ausschluß derjenigen Kriegsteilnehmer der gedachten Art, die imstande sind, eine Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen. Die Absicht der Vorschrift geht offenbar dahin, die Wohlfahrt dieser Wochenhilfe nicht auch solchen Personen zuzuwenden, die selbst wieder für sich und ihre Familie sorgen können, bei denen also der ursprüngliche Grund für die Bereitstellung jener Beihilfe weggefallen ist. Daraus folgt, daß nicht schon jede geringwertige Erwerbstätigkeit oder die Möglichkeit einer solchen das Recht auf Wochenhilfe ausschließen soll. Es muß vielmehr eine Erwerbsfähigkeit vorhanden sein, die zwar der normalen oder der früheren des betreffenden Ehemannes nicht gleich oder auch nur sehr nahe zu kommen braucht, die aber immerhin noch für die Möglichkeit ausreichend, den nötigen Lebensunterhalt für die eigene Person und für die Familie zu beschaffen. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, wird sich jedesmal nur nach den Umständen des Einzelfalles bestimmen lassen. Die Angabe eines bestimmten Hundertsatzes der Erwerbsbeschränkung, der für die Gewährung oder Nichtgewährung der Leistung maßgebend zu sein hat, ist daher nicht wohl angängig; dem freien Ermessen der für die Bewilligung zuständigen Stellen ist hier also ein gewisser Spielraum gelassen. Es dürfte sich empfehlen, hierbei wohlwollend zu verfahren, in Zweifelsfällen es aber doch auf die Entscheidung der im Streitverfahren zuständigen Spruchinstanzen ankommen zu lassen.“

Aus dem Verbandsgebiete. Berichte aus den Ortsgruppen.

Minden, Ravensberg und Lippe. Gewerkschaftskonferenz. Die gesamten christlichen Gewerkschaftszahlstellen des Mindens-Ravensberger und Lipper Landes veranstalteten am 29. Oktober in Herford eine Vertreterkonferenz. Der Besuch war ein glänzender. Die Leitung lag in den Händen der Kollegen Jumbrodt und Hartwig als Vorsitzende, sowie Hiemisch als Schriftführer. Der Kollege Jumbrodt gedachte in seinen Eröffnungsworten des Heldentodes vieler Mitarbeiter, darunter der Beamten Gries, Spiegelkötter und Seidenkötter. Der Verbandsvorsitzende Franz Behrens, M. d. R., behandelte in großartiger Weise das Thema: Die christlich-nationale Arbeiterbewegung im neuen Deutschland. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgendes: Vorerst hieß es schweigen, da über das Kriegsende sich nähert, muß geredet werden. Wir wollen einen Ausblick halten über die künftige Friedenswirtschaft. Die Weltuhr scheint nach Bismarcks Ausspruch wieder einmal richtig gestellt werden zu müssen. Wir sehen den Kampf der stärkeren Völker um größere Ebenbürgerschaft. Alte, herrschende Völker sind im Absterben begriffen. Dies beweist Frankreich mit seinem Geburtenrückgang und seiner Rentnermacht in allen Schichten seiner Bevölkerung. Wir Deutsche hingegen sind noch ein schaffens- und lebensfreudiges Volk. Die Tüchtigkeit des deutschen Arbeiters kann niemand abstreiten. Sie gründet sich auf die willige Einordnung und Manneszucht, den Idealismus und die Gemeinbürgerschaft. Der Kriegsbegier offenbarte die Einheit und Geschlossenheit des Gesamtvolkes. Nehmer verweist auf den glänzenden Aufmarsch des Heeres und die großartige Umstellung unserer Friedens- in die Kriegswirtschaft. Selbst die Behörden erkennen die praktische Gewerkschaftsarbeit an. Dies beweist u. a. die Zugewinnung der Gewerkschaftsleiter zu den verschiedenen

Kriegsämtern. Gewiß ist die Verschärfung oft einseitig gewesen. Bei all den Umwälzungen schufen die Gewerkschaften den Ausgleich. Mängel und Mißmut konnten gemildert werden. Aus allen diesen Tatsachen geht hervor, die Arbeiterchaft hat in höchstem Maße ihre Vaterlandstreue bewahrt. Die Länge des Krieges schuf so manche Umgestaltung des Wirtschaftslebens. Wir bekamen alle möglichen Lebensmittelkarten und Höchstpreise. Nehmer besprach dann die Auswähe die Preistreiber, den Kettenhandel, den schamlosen Wucher auf manchen Gebieten. Die mannigfachen Mißgriffe der Behörden, sowie die Auswähe des Sachverständigenwesens wurden scharf beleuchtet. Troz alledem fordert der Siegeswille von uns, daß wir nicht nur murren und kritisieren, sondern guten Mutts bleiben. Nicht alles kann die Gesetzesmacherei schaffen, sondern der gute Wille darf nicht fehlen. Kollege Behrens betonte, daß Kollege Stegerwald im Kriegsernährungsamt wahrlich keine leichte Arbeit habe. Der Referent besprach dann den Uebergang zur künftigen Friedenswirtschaft. Da die Teuerung auch dann noch anhalten wird, so fordert er, daß aus den Teuerungszulagen Lohn erhöhungen werden müßten. Unser gesamtes Volk muß auch im wirtschaftlichen Zukunftskampf leistungsfähig bleiben. Lassen wird die Arbeiterchaft auch tragen müssen und auch wollen, aber sie sind gerecht nach der wirtschaftlichen Kraft der Schultern zu verteilen. Der Referent sagte, wir müssen uns für die Zukunft ein festes Programm schaffen. Dies neue Programm, welches im Entwurfsstadium vorliegt, ist von dem Standpunkt ausgegangen, wirtschaftlich-nationalen Arbeiter betrachten uns zuerst als Mensch Staatsbürger und Arbeiter. Wir wollen eine würdige Vollendung der begonnenen Einordnung, als eines völlig gleichwertigen, gleichgeschalteten und vollberechtigten Standes in Staat und Gesellschaft, in Recht und Wirtschaft. Wir sind monarchisch aus fester Ueberzeugung. Wir stehen aber auch auf dem Boden der Gemeinamkeit mit allen übrigen Erwerbsständen. Die soziale Politik von Reich, Einzelstaaten und Gemeinden werden wir mit allem Nachdruck fördern. Wir werden alle die gesteckten Ziele sicher erreichen, wenn wir uns starke christliche Gewerkschaften schaffen.

Die gesamten Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Dem Referat folgte eine rege Aussprache; die ebenfalls wesentlich mit dazu beitrug, die Organisationsstreue und den Arbeitseifer der Konferenzteilnehmer zu befeuern und zu fördern. Mit der Aufforderung an diese, das Gehörte nunmehr in die Tat umzusetzen, schloß der Versammlungsleiter die Tagung.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland
 Sebastian Eise aus Wehr.
 Gustav Antrup aus Jöllenbeck.
 Josef Zaniers aus Breyell.
 Mathias Dahmen aus Breyell.
 Gustav Jürgens aus Gütersloh.
 Barthel Schwier aus M.-Gladbach.
 Heinrich Deemann aus Hinsbeck.
 Peter Heeren aus Eupen.
 Josef Strux aus Gretrath.
 Mathias Paschier aus Lobberich.
 Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten.
 Den Familien der Gefallenen unser inniges Beileid.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Heinrich Nicks aus Dornbusch.
 Albert Schäfer aus Odenkirchen.
 Hermann Hengstwerth aus Beyenburg.
 Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Hinsbeck. 26. November, 6 Uhr, im Lokale der Ww. Hahn

Inhaltsverzeichnis.

Gebet der Mutter für den Sohn in Feindesland. — Artikel: Was hat die deutsche Arbeiterchaft zu verlieren. — Maßnahmen der bayrischen Regierung zur Behebung der Mißstände im Wohnungsweien. — Zur Frage der Lebensmittelversorgung: Das neue Kriegsgesetz. — Bessere Verteilung der Lebensmittel. — Lebensmittelwucher und Bodenwucher. — Feuilleton: Des Kaisers Gebet. — Die Franzosen und die deutsche Monarchie. — Allgemeine Handföham: Arbeitgeber-Beitrag und christlich-nationale Arbeiterbewegung. — Ein bedeutender Zusammenschluß. — Neugründungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege. — Wieviel Arbeiterinnen in Sachsen beschäftigt werden. — Erfreuliche Beschlüsse. — Wochenhilfe für die Frauen arbeitsunfähiger oder erwerbsbeschränkter Kriegsteilnehmer. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Minden, Ravensberg und Lippe. — Ehren- und Sterbetafel — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B. Franz Fischer, Düsseldorf, Poststraße Nr. 7.